



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

395 (29.8.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212633](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212633)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus in der laufenden Woche Mark 600.000.— freiabnehm. Nachlieferungen vorbehalten. Postfachkonto Nr. 17390 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E. A. 2. — Geschäftsstellen: Heidelberg, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint täglich zweifach.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile M. 300.000.—, Restanten M. 600.000.—. Für andere laut Tarif. Anzeigenpreis: Freitagblatt vorabends 2/3, Uhr, Abendblatt nachmittags 2/3, Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Plätzen, wird keine Verantwortung übernommen. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer Anzeiger-Druckerei, E. A. 2. Fernsprecher Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die belgische Antwortnote

Belgien regt vertrauliche Besprechungen der Premierminister an

Versicherungen des guten Willens

Nach einer Havas-Meldung aus Brüssel hat der belgische Minister des Äußern, Jaspar, dem englischen Botschafter die Antwort der belgischen Regierung auf die englische Note vom 11. August übergeben.

In der Einleitung erinnert die belgische Regierung an das wertvolle Eingreifen Englands an der Seite Belgiens im Jahre 1914, an die englischen Opfer während des Krieges und diejenigen, die dadurch zwischen den beiden Ländern entstanden sind. Die belgische Regierung, die unter dem mächtigsten Eindruck dieser Erinnerungen steht, habe sich bei ihrer Antwort vom 30. Juli an die englische Regierung bemüht, ein Werk der Versöhnung zu vollbringen. Sie behauptet, daß ihre Anstrengungen nicht gewürdigt worden seien und daß sie nicht ausreichend genug erschienen wären, um eine besondere Antwort zu rechtfertigen. Die belgische Regierung gebe in ihrer Antwort nur auf gewisse Punkte der englischen Note ein, besonders auf den Punkt, der die belgische Priorität angebe und der in Belgien einen peinlichen Eindruck hervorgerufen habe. Die belgische Regierung ziehe es vielmehr vor,

weiter noch einer praktischen Lösung zu suchen.

Die belgische Regierung sei zu einer Vereinbarung unter den Alliierten zu neigen. Die englische Note zerfällt in zwei Teile:

Einwendungen Belgiens

bezüglich des Inhalts der englischen Note. Diese Einwendungen beziehen sich auf sechs verschiedene Punkte:

1. In ihrer Note vom 30. Juli habe die belgische Regierung erklärt, daß sie, wenn ihre Einwendungen eine günstige Aufnahme finden sollten, der Ansicht sei, daß eine Vereinbarung über einen gemeinsamen schriftlichen Entwurf zustande kommen könnte. Der Paragraph der englischen Note, in dem erklärt werde, daß die belgische Regierung nicht die geringste Anspielung auf den Text des englischen Antwortentwurfs auf Deutschland gemacht habe, beruhe auf einem Mißverständnis.

2. Die belgische Regierung habe Anregungen gemacht, die dazu bestimmt wären, als Grundlage für eine Besprechung unter den Alliierten zu dienen, um eine Lösung des Reparationsproblems zu finden. Diese Anregungen habe die belgische Regierung niemals für unabänderlich gehalten. Der Vorwurf treffe sie daher nicht, den man ihr mache, daß sie jedes Kompromiß einer prinzipiellen Annahme ihrer Ansprüche unterordne.

3. Bei ihrem Beschluß, das Ruhrgebiet zu besetzen habe die belgische Regierung nur eine Maßnahme angewandt, die von den Alliierten unter gewissen Umständen, namentlich im Protokoll von Spa vom 16. Juli 1920 betreffend die Reparationsleistungen, in Betracht gezogen worden sei. Die Opportunität der Ruhrbesetzung sei im Laufe des mehrfachen Reinigungsanstandes erklärt worden, dagegen nicht die Rechtmäßigkeit der Besetzung. Das schwerfällige Konzept des bestimmten und formellen Wortlauts des § 18 im Anhang II zu Abschnitt 8 des Friedensvertrages.

Die belgische Regierung ziehe es vor, der Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung keine neue Nahrung zu geben.

In anderen wichtigen Fragen von ausschlaggebendem Interesse die Aufmerksamkeit der Alliierten beanspruchen.

4. Die belgische Regierung erinnere an die einfache Wirtschaftskontrolle und die unifizierbare Besetzung, die ursprünglich im Ruhrgebiet durchgeführt wurden, und wolle darauf hin, daß, wenn der Charakter habe geändert werden müssen, der Grund dafür in dem Widerstand liege, den die deutsche Regierung organisiert habe, um die von Frankreich und Belgien entsprechend dem Friedensvertrag getroffenen Anordnungen zum Scheitern zu bringen. Die Besetzung des Ruhrgebiets trage jedoch in den Augen der belgischen Regierung nach wie vor den Charakter einer einfachen Besetzung. Für den Fall, daß der Widerstand zur Einstellung gelangte, sei die schrittweise Rückkehr zu der Lage vom 10. Januar vorgezogen.

Das Pfand könnte dann Gegenstand einer internationalen Kontrolle werden.

Überdies sei wiederholt die Klärung des Ruhrgebiets in dem Maße, wie Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt, angestrebt worden.

Belgien könne also die ihm zugesicherte Abhilfe, endgültig im Ruhrgebiet zu bleiben, nicht zugeben.

5. Demgegenüber könne es gestatten, daß ihm die Abhilfe unternommen werde, den Vorstoß der englischen Regierung betreffend die Inbetriebnahme gewisser produktiver Pflanzungen in Deutschland unter internationaler Kontrolle nicht in Erwägung zu ziehen, da ja die belgische Regierung keinerlei bestimmte Angaben über den etwaigen Charakter und Umfang dieser Pflanzungen erhalten habe und sie sich in Erwartung einer Verständigung unter den Alliierten über diesen Punkt gezwungen sehe, die einzige von ihr in Beschlag genommene Garantie in der Hand zu behalten.

6. Zu den englischen Erklärungen über die belgische Priorität

äußert sich die Antwort der belgischen Regierung wie folgt: Man wäre versucht, anzunehmen, daß nach Auffassung der englischen Regierung Belgien bereits zu günstig behandelt worden sei und daß es ihm schlecht anstehen würde, sich anspruchsvoll zu zeigen. Nichts kann die belgische Regierung mehr treffen, als solche Auslegung der Absichten der englischen Regierung, wenn sie ihre wirklichen Gefühle mitteilen wollten.

7. Sie würden in Wirklichkeit auf einer Verkennung der Gründe, aus denen, und der Bedingungen, unter welchen diese Priorität gewährt worden sei, beruhen. Die belgische Regierung wüßte mit einer Festigkeit, die in keiner Weise eine gerechte Würdigung der freundschaftlichen Gefühle ausschließt, die ihr immer von der englischen Regierung gezeigt worden seien, daran zu erinnern, daß die Belgien gewährte beschränkte Priorität nur die Durchführung von während des Krieges Belgien gegenüber übernommenen Verpflichtungen, die die außerordentliche Lage Belgiens gerechtfertigt habe, sei und die nach Ansicht der belgischen Regierung sehr unvollständig sei. Die belgische Regierung schädiert dann die Entziehung des Prioritätsrechts, indem sie an die feierlichen Verpflichtungen erinnert, die die alliierten Regierungen und Staatsmänner während des Krieges abgegeben hätten, und weiter an die Zusicherungen, unter denen dieses Prioritätsrecht den belgischen Bevölkerungsteilen in Versailles zugesichert sei. Die Verpflichtungen der Alliierten schloßen jeden Nachbehalt aus. Belgien habe erhalten, stellt die belgische Note fest, bei der Ausübung dieses Prioritätsrechts in verständlicher Weise bedeutungsvolle Zugeständ-

nisse eingeräumt, die ein Beweis dafür seien, daß seit drei Jahren Belgien nicht aufgehört habe, sein Prioritätsrecht zurückzuführen zum Schaden seiner eigenen, unmittelbaren Interessen und zum Nutzen für die Interessen seiner Alliierten, um die Entente aufrechtzuerhalten.

8. Die englische Note betone die Tatsache, daß, je weniger Deutschland zahle, um so vorteilhafter die belgische Priorität sei, und sie behauptete, daß Belgien, da es an Hand seiner Priorität bereits 1 1/2 Milliarden Goldmark bezogen habe, so eine Summe erhalten habe, die weit über das hinausgehe, was jedes andere Land erhalten habe. Die belgische Antwort zitiert dann ausführlich die ihrer Ansicht nach dementsprechenden Ziffern, wie sie die Reparationskommission veröffentlicht hat, und legt dar, daß diese Behauptung der englischen Note in den von Deutschland geleisteten Zahlungen keine Begründung finde.

Ergänzende Ausführungen zu den bisherigen Vorschlägen

Im zweiten Teil der Note liefert die belgische Regierung ergänzende Ausführungen zu ihren Vorschlägen vom 30. Juli 1923 betreffend die Pfändung der Reparationsstraße.

Sie stellt fest, daß im Laufe des jüngsten Meinungsaustausches Fortschritte auf dem Wege gemacht seien, der zur Verständigung der Verbündeten führen müsse

1. Es sei eine einmütige Zustimmung erreicht hinsichtlich der engen gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Reparationsstraße und dem Problem der alliierten Schulden: das würde die Länder der Entente in den Stand setzen, nicht allein die von Deutschland zu erlangenden Summen zu bestimmen, sondern auch diejenigen, die sie selbst auf Grund der Kriegsschuld zu zahlen hätten;

2. Die Zustimmung zu dem Grundsatz, daß, wenn es richtig wäre, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Erwägung zu ziehen, es auch recht und billig wäre, diejenige der Gläubiger Deutschlands zu berücksichtigen. Was die letzteren anbelangt, habe man diejenigen Beträge bestimmen müssen, die den unabweisbaren Bedürfnissen der Gläubiger entsprechen. Man sei zwar im Besitze von Angaben über die für Frankreich, Italien und Belgien erforderlichen Summen gewesen, dagegen habe man es mit einer unbekanntem um tun gehabt, was England anlangte. Seit habe auch England seine Forderungen bekräftigt. Die belgische Regierung würde den Verhandlungswillen und das Entgegenkommen, die bei der Festlegung dieser Ziffer den Ausschlag gegeben hätten.

3. Nach den vorstehenden Angaben könne also die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgesetzt wurde, beträchtlich herabgesetzt werden

und die belgischen technischen Studien, die den Alliierten unterbreitet worden seien, seien auseinander, mit welchen Mitteln Deutschland nach einer Ueberausperiode imstande sein werde, Jahreszahlungen zu leisten, die dieser herabgesetzten Ziffer entsprächen.

Ziffer 4 und 5 betrafen sich mit den belgischen Forderungen. Belgien erklärt, man würde es bei Streichung der Schuldverschreibungen C schädigen, es fordere daher eine Revision der in Spa beschlossenen Prozentsätze. Aufseht heißt es:

Alles in allem könne Belgien nicht zulassen, daß die internationalen Schulden der übrigen Mächte mit seinen eigenen Schuldverschreibungen C bezahlt würden. Um die Gleichheit in der Behandlung wiederherzustellen, wäre es nach Ansicht der belgischen Note recht und billig, wenn der belgische Anteil unter bloßer Berücksichtigung des materiellen Schadens für den Fall, daß die Schuldverschreibungen C gestrichen werden, auf 13 Prozent festgesetzt werde. Belgien hätte dann einen Anspruch auf 13 Prozent der Schuldverschreibungen A und B, d. h. 1/2 Milliarden Goldmark, und da es schon 1 1/2 Milliarden Goldmark erhalten hätte, würden ihm noch weitere 5 Milliarden Goldmark zufließen. Bedenke man, daß das Londoner Zahlungsgeld Belgiens insgesamt 10 560 000 000 zugesprochen habe, so stelle man fest, daß ungefähr 40 Prozent des direkten Schadens, den Belgien erlitten habe, Belgien zur Last fallen würden. Daran könne man das neue und große Opfer erkennen, zu dem sich Belgien bereit erkläre, um zu einer gemeinschaftlichen, raschen Lösung des Problems zu kommen.

Die Bedeutung dieses Opfers springe noch mehr ins Auge, wenn man das der belgischen Antwort beigegebene Dokument lese, das sich auf die Finanzlage Belgiens, auf seine Belastung und auf die steuerlichen Anstrengungen, die Belgien auf sich genommen habe, beziehe.

Die Note kommt dann zu folgendem Schluß: Um zusammenzufassen, glaube die belgische Regierung, daß zur Zeit die Erörterungen hinreichend fortgeschritten seien, damit freundschaftliche, vertrauliche Verhandlungen zwischen den alliierten Ministern ausgenommen werden könnten,

ohne daß es sich dabei selbstverständlich um eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes zu handeln brauche. Wie schon angegeben, sei ja in der Tat in mehreren Punkten eine Verständigung erzielt.

Die belgische Regierung betont schließlich noch einmal, welches Interesse Belgien an einer Lösung der Sicherheitsfrage habe. Solange die Sicherheit seiner Länder, in die im Kriege der Feind eingedrungen sei, nicht gewährleistet sei, werde es weder Ruhe und Frieden geben, noch die Möglichkeit bestehen, die Rüstungen einzuzurückziehen. Die belgische Regierung gibt dementsprechend dem Wunsch Ausdruck, auch über diese Frage in London zu verhandeln.

Die belgische Note entwirft insofern, als sie nicht, wie verschiedentlich angehängelt worden war, einen Hinweis auf den festliegenden Vorschlag enthält, eine internationale Kommission zur Festlegung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu ernennen. Das Hauptgewicht der Note ist offenbar auf den letzten Absatz zu legen, der die Anregung von „freundschaftlich verlaufenden Verhandlungen“ der alliierten Ministerpräsidenten gibt. Es scheint indes, daß weder in Paris noch in London man sich viel von einer neuen Konferenz, sei es auch in irgendeinem Kreise, verspricht. Die Aufnahme der belgischen Note in London ist somit nach den bisher vorliegenden Presseberichten übersehen läßt.

Frankreich betont die Übereinstimmung Belgiens mit Frankreich

Havas verbreitet folgende Mitteilung:

Die belgische Antwort auf die englische Note, die bereits die vollkommene Billigung Poincares erhalten hat, wird in den französischen politischen Kreisen sehr günstig aufgenommen. Man beglückwünscht sich zu dem Geiste enger Solidarität, den die belgische Regierung gegenüber der französischen Regierung zeigt, und man stellt mit lebhafter Genugtuung die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen in den Fragen, die die Geschäftsmäßigkeit der Ruhrbesetzung, die Einstellung des passiven Widerstandes usw. betreffen, fest. Die belgische Note behandelt mit ebenso großer Festigkeit wie Herzlichkeit die Punkte, die das Land selber angehen, und der glänzende vertretene Grundlag der belgischen Priorität hat immer noch — das weiß man — die feste Unterlage Frankreichs. Die belgische Regierung, die in ihren Grundgedanken der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Besprechungen in herzlicher und vertraulicher Weise fortgesetzt würden, ohne daß danach die Rede wäre, in nächster Zeit eine interalliierte Konferenz einzuberufen, befinden sich auch in diesem Punkte in Übereinstimmung mit der französischen Regierung. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß eine große interalliierte Zusammenkunft nächsterweil erst dann einberufen werden kann, wenn alle alliierten Regierungen die Sicherheit erlangt haben, zu einer uneingeschränkten Verständigung und zu konkreten Lösungen zu kommen.

Pariser Pressestimmen

Der „Petit Parisien“ hebt hervor, daß Belgien sich nicht darauf beschränke, seine Rechte zu verteidigen, sondern daß es einen Weg aus dem Chaos heraus zeige. Die Lösung, die die belgische Note empfehle, finde sich bei der Einzelheiten auch in der französischen Note. Sie besteht darin, bei Festhaltung der Pfänder zu entscheiden, daß Deutschland die Pflicht habe, die zu Wasser und zu Lande angerichteten Schäden wiederzugutmachen und den Rest der deutschen Schuld zu gleicher Zeit wie die interalliierten Schulden zu streichen.

Das „Echo de Paris“ findet, daß die belgische Note eine weitere Unterbrechung des bisherigen Standpunktes der belgischen Regierung in der Reparationsfrage sei, in enger Übereinstimmung mit Frankreich in allem, was die Besetzung des Ruhrgebiets angehe, und versuche, eine Lösung zwischen den Alliierten und allgemein gesprochen, das Problem der durch den Krieg entstandenen Lasten zu lösen. Die belgische Note dürfe, um verstanden zu werden, nicht von der ganzen früheren belgischen Politik und von den belgischen Studien getrennt werden.

Das „Journal des Debats“ unterstreicht die Übereinstimmung, die die belgische Note bis auf wenige Nuancen mit dem französischen Standpunkt aufweise, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß diese Feststellung in London, wo man ebenfalls die Regierungen von Paris und Brüssel gegeneinander auszuspielen versucht habe, eine heilsame Wirkung ausüben werde.

Der „Temps“ findet, daß die belgische Note ein Dokument sei, das man mit Vergnügen und Nutzen lese. Die Note sei angenehm wegen ihrer Klarheit und außerordentlich konzilianten Form und nachbringend wegen der verschiedenartigen Gedanken, die sie umfasse und die sie anregt. Das Blatt hofft, daß man die Note in allen Ländern zu würdigen wissen werde. Wenn in der Schlussfolgerung die Ansicht ausgesprochen werde, daß die Alliierten jetzt darüber einig seien, eine Kontrolle über die deutschen Finanzen einzurichten, so glaubt der Temps da für seinen Teil einen Vorbehalt setzen zu müssen. Er findet es unverständlich, daß man den Plan einer Finanzkontrolle mit dem Gedanken in Einklang bringen kann, der gleichfalls in der belgischen Note ausgesprochen ist, daß nämlich einfache Verpflichtungen Deutschlands wertlos seien. Wenn solche Verpflichtungen einen Wert hätten, so würde man Sanktionen brauchen, um die Kontrolle, deren Annahme Deutschland versprochen würde, richtig funktionieren zu lassen. Der Temps möchte da gerne die Sanktionen wissen, die man z. B. anwenden könnte, um Deutschland zu einer Herabsetzung der Bezüge der Eisenbahnen zu zwingen, oder um die Ausgabe von Banknoten zu verhindern. Der Temps findet, daß diese Anregung genüge, um zu zeigen, daß noch Vorfragen zu lösen seien, bevor die Vertreter der alliierten Regierungen zusammenkommen, um miteinander in mündliche, entscheidende Besprechungen eintreten zu können. Um seinen Preis dürfe eine derartige Besprechung der Gefahr ausgesetzt sein, mit einer Unstimmigkeit zu enden.

„Liberté“ stellt sich in der Beurteilung der belgischen Antwortnote auf den Standpunkt Poincares. „Liberté“ und „Journal des Debats“ wünschen eine vertrauliche Beratung der Minister als Auftakt zu einer großen allgemeinen Aussprache.

Eindruck der Note in England

Die belgische Note hat in London einen günstigen Eindruck erzeugt. Das Dokument wird von Sachverständigen des Foreign Office und des Schatzamtes geprüft. Die Blätter bebauern, daß Belgien nicht auf den britischen Vorschlag, eine internationale Kommission zu ernennen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen, halbamtlich wird gemeldet, daß vorläufig während der Abwesenheit Cursons und Baldwins keine Zusammenkunft des Kabinetts stattfinden wird. Die Minister würden ihre Ansichten über die Note austauschen. Die Herzlichkeit der belgischen Note wird in London anerkannt. „Evening Standard“ behauptet die belgische Note und hat, England habe nicht die Absicht, den in Spa beschlossenen Verteilungsschlüssel der Reparationen zu ändern. Belgien habe bereits 73 Millionen Pfund von seiner Verpflichtungsforderung von 100 Millionen erhalten und sei sehr fair behandelt worden. England könne deshalb die finanziellen Anregungen Belgiens nicht annehmen. Sichtlich ärgert sich Reuters. „Evening Standard“ weist auf belgische Versicherungen hin, die viel und nichts bedeuten könnten, so auf den Wunsch nach freundschaftlichen Besprechungen der Premierminister. Die Versicherungen Belgiens über die Ruhrbesetzung seien keineswegs befriedigend. Was die Finanzfragen anbelangt, schone Belgien und Frankreich der Ansicht zu sein, daß England als Dritter zahlen müsse und als Letzter bezahlt werde.

Weitere Verzögerungen in den Verhandlungen

Die „Times“ schreibt in ihrem Leitartikel, eine Verzögerung in der Entwicklung der Reparationsverhandlungen sei unvermeidlich. Sowohl die britische als die französische Regierung müßten sich Zeit nehmen, um erst den nächsten Schritt zu erwägen. Deutschland könne diese notwendige Zwischenzeit mehr oder weniger sicher machen. Die „Times“ erkennt die Energieanstrengung der neuen deutschen Regierung an. Augenblicklich sei die neue Entschlossenheit Deutschlands ein sehr wichtiger Faktor für den

Mannheims Lebenshaltungsindex 998876

Das Millionenjoch in der Steigerung der Mannheimer Lebenshaltungskosten erreicht

Auf das rund millionenfache sind die Lebenshaltungskosten in Mannheim gestiegen. Regierungsrat Dr. Hofmann, der in der gestrigen Sitzung der Preisprüfungskommission diesen das Ende unserer Tage widerspiegelnden Rekord feststellte, gab einleitend in der üblichen Weise die am vorgestrigen Eintrage vollzogenen statistischen Ermittlungen bekannt. Danach ist die absolute Teuerungszahl von 68 503 913 \mathcal{M} am 20. August auf 111 491 217 \mathcal{M} am 27. August gestiegen. Das entspricht einer Verteuerung der Mannheimer Lebenshaltung innerhalb von acht Tagen um 67,1%. Seht man die Friedenssteigerungszahl von 114,99 gleich 1, so erhöht man eine Indexziffer von 998 876 gegen 997 818 am 20. August. In der Gruppe Ernährung wurden folgende Steigerungen festgestellt: 47 000 Gramm Brot kosteten 9 340 000 \mathcal{M} gegen 4 020 000 \mathcal{M} am 20. August. Die verhältnismäßig geringe Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß der Preis für nichtrationiertes Brot nicht in dem Ausmaße wie der Preis des Rationbrottes gestiegen ist. 4000 Gramm Mehl kosteten 2 360 000 \mathcal{M} (1 520 000 \mathcal{M}), 11 000 Gramm Nahrungsmittel 9 643 158 \mathcal{M} (5 939 892 \mathcal{M}), 70 000 Gramm Kartoffeln bei einer Steigerung des Grundpreises von 37 auf 50 000 \mathcal{M} 7 211 \mathcal{M} (5 180 000 \mathcal{M}), 15 000 Gramm Gemüse 2 700 000 \mathcal{M} (1 250 000 \mathcal{M}), 3000 Gramm Fleisch 124 111 \mathcal{M} (9,6 111 \mathcal{M}), 10 Eier bei einer Steigerung des Preises für ein Ei von 75 auf 160 000 \mathcal{M} 1,6 111 \mathcal{M} (750 000 \mathcal{M}), 20 Liter Milch 8 288 000 \mathcal{M} (5 040 000 \mathcal{M}). Heizung und Beleuchtung haben eine weitere beträchtliche Verteuerung durch die Erhöhung des Brennstoffpreises und die endgültige Festsetzung der Gas- und Strompreise erfahren.

Nimmt man aus den vier Auguststichtagen den Durchschnitt, so ergibt man eine

Durchschnittsteuerungszahl von 60 555 762 \mathcal{M}

für den Monat August gegen 4 663 625 \mathcal{M} im Juli und einen Index von 528 204 mit Bekleidung und 489 906 ohne Bekleidung gegen 49 098 bzw. 37 792 im Juli. Durchschnitt. Von Juli auf August ergibt sich eine durchschnittliche Steigerung der Teuerungszahl von 129,2%, eine Ziffer, wie sie seit dem Bestehen Mannheims noch nicht zu verzeichnen war. Von verschiedenen Seiten ist gefragt worden, warum in letzter Zeit der Mannheimer Index wesentlich niedriger als der Reichsindex war. Der Regierungsrat Dr. Hofmann konnte darauf antworten, daß das Mannheimer Reichsamt bereits eine plausible Erklärung veröffentlicht hat. Früher war in der Reichsindexziffer die Teuerungszahl von 71 Gemeinden veranschlagt. Seit Einführung der wöchentlichen Berechnung werden nur noch die Teuerungszahlen von 29 Gemeinden zugrunde gelegt. Es ist ohne weiteres verständlich, daß eine geringere Berücksichtigung in der Auswahl der Gemeinden sich in dem Ergebnis auswirken muß, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Teuerung sowohl absolut wie relativ in den einzelnen Orten verschieden verläuft. Es braucht nur darauf verwiesen zu werden, daß die beteiligten Gebiete unbestritten eine weit höhere Teuerung als die unbeteiligten Gebiete haben. Das Reichsamt hat die Absicht, in Zukunft wieder eine größere Anzahl Gemeinden in die Teuerungsziffer einzubeziehen.

Ein scharfer Vorstoß der Gewerkschaftsführer gegen den Einzelhandel

Die imstehenden Kreise waren von Anfang an mit der Preisberechnung des Einzelhandels nicht recht einverstanden. Die Handhabung des Multiplikators am vergangenen Samstag gab nun den Gewerkschaftsvertretern Veranlassung zu einem scharfen Vorstoß. Eine Anzahl Geschäfte, darunter die Warenhäuser, verkauften die Waren mit dem Multiplikator 150 000, während der gültige auf 135 000 lautete. Ein Gewerkschaftsführer forderte Aufschluß über das Zustandekommen der Grundpreise, bei deren Berechnung der Friedenspreis irgendwie eine Rolle spielen sollte. Der Verdacht sei nicht von der Hand zu weisen, daß für bestimmte bestimmte Waren jetzt schon zurückgestellt werden, während andere frei ebensofortgesetzt zu bekommen wie Spielzeug. Ein anderer Gewerkschaftsführer erging sich in dem scharfen Ausdrücken gegen das Vorgehen des Einzelhandels am Samstag, das er als unvorsichtig und aufreizend bezeichnete. Die jetzige Preisberechnung sei zu undurchsichtig und lasse sich infolgedessen nicht aufrechterhalten. Es sei festzustellen, daß Firmen, die auf Realität Anspruch erheben, mit einem Multiplikator von 150 000 ihre Waren berechneten, während es in Wirklichkeit 135 000 betrug. Wenn derartige noch einmal vorkommen sollte, dann könnte man in Mannheim etwas erleben, was sich in anderen Städten schon ereignet hat. Eine Geschäftsstelle, die sich derartige Dinge erlaube, sei wert, weggefegt zu werden. Ein anderer Gewerkschaftsführer meinte, es scheine inoffiziell das ganze Problem zu sein, daß die Preise auf der Dollarkursgrundlage ausgesetzt sind, oder nicht nach dem Vergleiche oder Berliner Kurs, sondern nach einem höheren, weil sich beim Ausrechnen der Preise zeige, daß sie zum Teil weit über der Weltmarktpreis liegen. Es habe sich ein individuelles Preisfestsetzungsproblem herausgebildet, das die Anarchie des Preisniveaus überhaupt bedeute.

Der Syndikus des Einzelhandels verteidigte in längeren Ausführungen die Mannheimer Preisberechnungsmethode. Am Donnerstag betrug der Multiplikator 165 000, am Freitag 130 000, am Samstag 135 000, am Sonntag herabgesetzt völlig ungehörig Verhältnis und gestern liegt die Schlüsselzahl auf 165 000. Bei einem Dollarkurs von 20 000 war die Schlüsselzahl 1000. Bei

einer Million hätte sie demnach 30 000 sein müssen. Daß dies nicht der Fall war, beweist, daß sich der Einzelhandel nicht an den Dollarkurs angelehnt hat. Als der Dollarkurs eine Million überschritt, wurde allerdings offiziell erklärt, daß man die Preise auf den Dollarkurs einstellen müsse. Die Mitglieder wurden aufgefordert, die Grundpreise in der Weise zu fertigen, daß bei der Schlüsselzahl 30 000 ein Verkaufspreis zustande kam, der einem Dollarkurs von 1 Mill. \mathcal{M} entsprach. Der Einzelhandelsverband bemühte sich, so genau als möglich dem Dollarkurs zu folgen. Als am Freitag mittag aus New York ein Kurs von 4,1—4,2 gemeldet wurde — im allgemeinen wird der amtliche Berliner Kurs zugrunde gelegt — wurde die Schlüsselzahl von 135 000 herausgegeben. Unglücklicherweise wirkten mehrere Faktoren so zusammen, daß nicht sämtliche Mitglieder Kenntnis von der Schlüsselzahl erhielten. Die Post war nicht in der Lage, die Rundschreiben rechtzeitig zuzustellen. Infolgedessen waren am Samstag vormittag nicht alle Mitglieder davon verständigt, daß die Schlüsselzahl 135 000 betrug. Am Freitag abend und Samstag wurde der Dollarkurs mit einer kolossalen Steigerung aus New York gemeldet. Diejenigen Mitglieder, die keine Mitteilung erhalten hatten, handelten infolgedessen auf eigene Faust. Der Syndikus mußte allerdings zugeben, daß es richtiger gewesen wäre, wenn bei der Geschäftsstelle telefonisch angefragt worden wäre.

Ein Gewerkschaftsvertreter vertrat den Standpunkt, daß man, wenn man mit dem Dollarkurs gehen, verlangen könne, daß man mindestens die arroken Warenhäuser sich nach der Schlüsselzahl erkundigen. Der Redner hat festgestellt, daß eine Reihe mittlerer und kleinerer Geschäfte die Post rechtzeitig bekommen hat. Bronker und Schmolzer dagegen waren erst am Samstag abend im Besitz der Mitteilungen des Verbandes und hielfand war selbst am Sonntag noch nicht unterrichtet. Volkswirtschaftlich sei es nicht zu rechtfertigen, daß man hinsichtlich sich verändernde Preise festsetzt. Wenn man die Gehälter und Löhne wöchentlich nach dem Durchschnitt berechne, müsse es auch dem Einzelhandel möglich sein, auf Grund der Dollarkursentwicklung ein- oder zweimal in der Woche einen durchschnittlichen Verkaufspreis festzusetzen. Das System der ann- oder halbwochentlichen Veränderung führe zu ganz tollen Dingen. Redner gab die Anregung, in Verhandlungen mit dem Einzelhandel die ganze Kalkulation auf einer klareren Basis aufzubauen und eine gewisse Restspanne stabil zu halten. Der Syndikus des Einzelhandels erklärte, daß die Grundzahlen unübersehbar sind. Der Verbraucher könne mit ihnen zunächst nichts anfangen. Das einfachste wäre, wenn die ganze Wirtschaft sich nach dem Dollarkurs richtete. Man werde zur Auszeichnung in Westfalen oder Goldmarkt kommen müssen. Das könne der Verband aber nicht von einem Tag auf den anderen machen. Der Vertreter der Schuhwarenbranche erläuterte recht anschaulich die Preisberechnung seiner Vereinigung. Als ihm vorgehalten wurde, daß ein großes Schuhwarengeschäft am Samstag um 165 000 verkaufe, weil die Zeitung nicht orientiert war, mußte er zugeben, daß etwas derartiges nicht vorkommen sollte. Seit der Einführung der Grundzahlen sei Ordnung im Schuhwarenhandel Mannheims geschaffen worden. In der letzten Zeit waren beim Besuch mehrerer Geschäfte wieder auffallende Preisunterschiede festzustellen. Eine Dame, die vom Vorsitzenden zur Sitzung geladen worden war, weil sie in dieser Beziehung ganz erstaunliche Wahrnehmungen gemacht hatte, las einige Sportkorrespondenzen auf den Tisch des Hauses, bei denen sich der Preis zwischen 400 und 907 000 Mark bemerte.

Sämtliche Arbeitnehmervertreter, so stellte Regierungsrat Dr. Hofmann zusammenfassend fest, haben sich dahin ausgesprochen, daß die Preisberechnung des Einzelhandels sich unrichtig gestaltet hat, nicht nur hinsichtlich der Grundpreise, die für den Käufer im allgemeinen unübersehbar sind, sondern auch bezüglich des Multiplikators. Bei der Preisfestsetzung wurde beachtet, dem alten Stand entsprechend den Multiplikator zu ändern. Es war ein altes Mistvieh und zwar deshalb, weil sich nicht nur der Multiplikator, sondern auch der Grundpreis ändere. Das seien feststehende Faktoren, die wachsend werden müßten. Die Grundpreise müssen sich ändern, weil sich die Einkaufspreise ändern. Es mag sein, daß in der Schuhbranche etwas stabilere Verhältnisse sind, aber in anderen Branchen ist die Kalkulation für die Verbraucher unübersehbar. Der Einzelhandel habe das größte Interesse daran, zur Wahrung der Erzeugung der Verbraucher beizutragen. Die Preisberechnung könne mit der jetzigen Preisberechnung nichts anfangen, weil sie zu abstrakt sei. Sie könnte sich ein Bild machen, wenn der Grundpreis einigermaßen dem Friedenspreis entsprechen würde. Wenn eine klarere Methode gefunden würde, läge dies im Interesse des Einzelhandels. Nach wie vor sei mit Entschlossenheit zu rechnen. Ein Gewerkschaftsführer habe ganz treffend ausgedrückt, daß es nicht entscheidend sei, ob die Schlüsselzahl mit dem Dollarkurs gehe. Das Problem liege in der Spannung zwischen Preis und Lohnniveau. Es müsse klar zum Ausdruck gebracht werden, daß der Einzelhandel bei der Dollarkursrechnung und dem Dollarkurs angelehnt sei. Auf der anderen Seite könne dem Handel nicht zugemutet werden, daß er sich seiner Substanz vollständig entäußere. Es müsse eine mittlere klare Linie gefunden werden, daß der Einzelhandel verhalte, auf der Friedensbasis mit Friedensarundisfieren aufzubauen. Die Spannung zwischen Handel und Verbraucherschicht werde dadurch nicht geringer, daß sich der Einzelhandel vollständig auf die Dollarkursrechnung einstelle, während auf der anderen Seite die Höhe und Gehälter nicht einfach darauf eingestellt werden könnten. Es sei Pflicht, nochmals zu prüfen, ob nicht durch Festsetzung eines höheren Zwischenraumes bei der Veränderung der Schlüsselzahlen, vielleicht von drei Tausen, der Verbraucherschicht gegenüber Entgegenkommen erzielt werden könne. Staatsanwaltschaft und Preisprüfungsausschuss hätten der jetzigen Preisberechnungsmethode nicht zustimmen können.

Kunst und Wissenschaft

Die deutsche Bücherproduktion im Jahre 1913 und 1922. Eine Statistik über die im Jahre 1922 erschienenen deutschen Bücher veröffentlicht Ludwig Schönrod in der Leipziger Monatschrift „Das deutsche Buch“. Die Zahl der 1922 erschienenen Bücher und Zeitschriften übersteigt die Produktion der Kriegszeit. Im Jahre 1922 erschienen 35 889 Bücher und Zeitschriften gegen 35 078 im Jahre 1913. Von den einzelnen Gruppen markiert an der Spitze die schöne Literatur mit 4770 Neuerscheinungen, 1721 Neuauflagen und 28 Zeitschriften. Dann folgt das Gebiet der Rechts- und Staatswissenschaften, Politik, Volkswirtschaft, Statistik, hier lauten die betreffenden Zahlen 2878, 488, 817. An dritter Stelle stehen die Kunstpublikationen (Theater, Musik, bildende Kunst, Tanz, Kino) mit 1477 Neuerscheinungen, 308 Neuauflagen und 181 Zeitschriften. Den Beschluß macht die Kriegswissenschaft, die es nur noch auf 256 Titel gebracht hat.

Literatur

Einführung in das Gesamtgebiet des Okkultismus. Vom Altertum bis zur Gegenwart. Von Konrad Rader. Verlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart. — Immer weitere Kreise beschäftigen sich heute, dem Zeitpunkt folgend, mit den verschiedensten Fragen des Okkultismus, aber alle, die nicht gerade selbst umfangreiche Studien auf diesem Gebiet machen konnten, leiden unter einer gewissen Ratlosigkeit und vermissen eine sachliche Einführung. Diesem Mangel blickt das Buch von Rader ab, indem es das ganze große Feld des Okkultismus in seinen Einzelerscheinungen schildert und es so jedem ermöglicht, das ihm Nächste und Zufälligste herauszufinden und weiter auszubauen. So wenig der Verfasser aus keinem sehr selbständigen, persönlichen Standpunkt und seiner Bestankung ein Hehl macht, so versteht er es doch, den Charakter der Ueberlieferung zu wahren und jede Einseitigkeit zu vermeiden. Dadurch steht diesem Werk der sonst oft abstoßende Fanatismus besonderer Richtungen und es kann, gegründet auf äußerst sorgfältige Studien und jahrelange eigene Erfahrungen, wohl als erstes übersichtliches Handbuch des Okkultismus bezeichnet werden, das so lange von vielen Interessenten dieser Frage vergeblich gesucht wurde. Zu dieser selbständigen Stellung die für niemand Propaganda macht, gefällt sich eine sprachliche Gestaltung der schwierigen Probleme, die jedem einigermaßen Gebildeten ohne weiteres verständlich ist.

fangsam hätten der jetzigen Preisberechnungsmethode nicht zustimmen können, weil sie nicht die Befürchtung hegen, daß sie keine Befürchtung bedeute, die die Verbraucherschicht betriebe.

Die Preisverhältnisse auf dem Wochenmarkt

wurde ebenfalls einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Preise nicht mehr verantwortlich werden können. Der Eierpreis ist weit über das Zweimillionenfache des Friedenspreises gestiegen. Bei den Zweifelhafte ist festgestellt worden, daß sie nicht allein aus Böhln, sondern auch aus der Badenburger Gegend kommen, von großen Transportkosten infolgedessen keine Rede sein kann. Am Montag wurde deshalb der Preis auf 65 000 Mark gedrückt. Von Hausfrauen wurde festgestellt, daß es selbst bei diesem Preis nicht möglich ist, für den Winter Brotvorräte einzulagern. Ein Arbeitervertreter schlug die Festsetzung eines Richtpreises für Äpfel vor. Man nahm aber davon Abstand, weil sich herausstellte, daß die Preisberechnung auf dem Markt selbst die zweckmäßigste Methode ist. Die Preisprüfungskommission wird morgen einmal auf dem Markt nach dem Rechten sehen. Bei der Berechnung der Kartoffelverlorauna hat sich ergeben, daß die schlechte Verfallszeit der am Montag auf dem Markt zum Verkauf gelangten Kartoffeln ebenfalls auf den Wagon zurückzuführen ist, in den die Kartoffeln in Bommern verladen wurden. Bei der Verladung war die Ware taubell, während bei der Ausladung in Mannheim feststellt wurde, daß zwei Drittel der Kartoffeln verkauft waren. Sch.

Städtische Nachrichten

Der Wirtestreib

Abhaltung von Verhandlungen

Durch Vermittlung der Handelskammer wurden gestern nachmittag Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und den Vertretern der beteiligten Gewerbe gepflogen. Sowohl die Stadtverwaltung als auch die heute vormittag im Volkshaus stattfindende Versammlung werden zu den Einigungsurschlägen Stellung nehmen.

Für ausgewiesene Flüchtlinge und Ausgeperrte

besteht während der Dauer des Gastwirtsstreiks Verpflegungsmöglichkeit im Restaurant „Bergota“ am Friedhofspfad und im Restaurant „Zur Apfelmühle“ in Heinrich Sobna in H. 3. Verpflegungsgeld können bei der Flüchtlingsfürsorgestelle im alten Krankenhaus in R. 5 (Eingang gegenüber S. 5) abgeholt werden.

Neue Schlüsselzahlen

Schlüsselzahl im Einzelhandel

Der Verband des Einzelhandels Mannheim erhöhte die Indexziffer von 165 000 auf 195 000.

Die Buchhändler-Schlüsselzahl

Die Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel ist vom Deutscheren der deutschen Buchhändler auf 1 200 000 (1 000 000) festgesetzt worden.

Für die Gemüseliche

Während des Krieges haben Regierungen durch Preisführer und bezgl. auf die Wildgemüse hinweisen lassen, um der Gemüseliche einigermaßen zu steuern. Wir sehen in der Benützung solcher Gemüse hinter den Franzosen und anderen Völkern zurück. Vor einiger Zeit haben Baverische begannen, junge Dillblätter, die sich anderwärts längst als Gemüse benützt haben, auf dem hiesigen Markt zu verkaufen. Leider mußte dann die Presse mitteilen, der Verkauf sei verboten worden, weil sich Besse beschwert hatten, durch den Gemüß durchfall bekommen zu haben. Dieses Verbot tritt auch im Viehfluß auf, wenn die Wäcker in großer Menge unvernünftig veräußert werden. Der Bauer vermische sie mit Heu oder Stroh und macht Häcksel daraus. Schnell verfahren kluge Köchinnen. Sie mischen unter die Blätter junge Brennnesseln, Löwenzahnblätter, Sauerampfer u. dergl. und erhalten dadurch ein spinatähnliches Gemüse, das auch von Luftkurgästen des betheligen Odenwaldes sehr gern gegessen wird. Unerfahrene Köchinnen meinen, junge Löwenzahnblätter u. dergl. seien nur im Frühjahr zu erhalten. Die gesamten Gemüße wachsen nach der Heurnte und nach dem Verfüllern von Brennnesseln sofort wieder nach und liefern ganze Gemüßbüchsen. Wo auch jetzt zugreifen. Die jungen Löwenzahnblätter im Grasgarten kann man durch Bedecken, Bedecken oder Zusammenbinden bleichen. Die jungen gelblichen Blütenstiele und die rohen, feingeschnittenen Wurzel geben einen vorzüglichsten Salat. Wer Schnittlauch-Überfluß hat, kann auch aus diesem einen solchen bereiten. Die Blütenköpfe des Löwenzahnes in Salzwaßer oder Essig eingelegt, schmecken wie Kapern.

Roch Schmells Botanik werden auch die noch grünen Blütenköpfe der Sumpfbutterblumen (Blutschuppen) in Essig eingelegt als „deutsche Kapern“ vertrieben. Norddeutsche Damen ruhmen in uneren Sommerreisen ihr heimisches Küßenge müß über den Schellenkönig. Ich sah tatsächlich in Baden viele große Bündel junger Weichblättriger zum Verkauf ausgelegt. Sie werden zu jenen „Küßen“ verwendet und auch für den Winter eingelagert. Man rufe also die mit Unrecht verschrienen Dillblätter wieder auf unsern so kümmerlich besetzten Markt und junge Weichblättriger, zum Versuch dazu!

* **Kostenstellen der Landespolizei.** Zur Beschleunigung und Vereinfachung des polizeilichen Fahndungs- und Nachrichtenverkehrs, der beim Landespolizeiamt zentralisiert ist, wurde über das ganze Land hin bei verschiedenen Bezirksämtern ein besonderer Nachrichtendienst eingerichtet.

* **Kontrolle der Reisenden in den Eisenbahnhöfen.** Um das Einreisen von Ausländern ohne gültige Pässe und Sichtvermerke nach Möglichkeit zu verhindern, sind Postkontrollen in den Eisenbahnhöfen eingerichtet worden. Sämtliche Reisende müssen sich auf Verlangen den mit der Kontrolle beauftragten Polizeibeamten gegenüber über ihre Persönlichkeit ausweisen. Für Reisende ist ein Reisepaß nicht erforderlich; es genügt ein Ausweis, aus dem der Beamte die Ueberzeugung gewinnen kann, daß die betreffende Person kein Ausländer ist.

* **Vorverkauf von Jahrestarten.** Anlässlich der Tarifserhöhung können zum jetzigen Preise Jahrestarten ab 29. August schon vorher gekauft werden. Sie sind bis zum 3. September 12 Uhr nachts gültig.

* **Vom Postbesucher.** Infolge des in letzter Zeit außerordentlich gesteigerten Geschäftsverkehrs ist es beim Postbesucher in Karlsruhe notwendig geworden, wie bei den sonstigen Postanstalten, zu besonderen Maßnahmen zu greifen und vom Montag den 27. August ab, wie es bei anderen Postämtern, z. B. in Stuttgart und Frankfurt a. M. schon länger der Fall ist, bis auf weiteres die wertvollste Schluszeit für die Buchung auf den Konten von 11 Uhr auf 8 Uhr vormittags festzusetzen. Besonders eilige Aufträge werden jedoch noch am Einlieferungstag erledigt, wenn sie bis vormittags 11 Uhr bei der Auskunftsstelle des Postämtes Karlsruhe gegen Entrichtung der Gebühr für Eilbotenaufträge abgegeben werden. Ebenso werden alle Jahrestarten, die zur Verstärkung des Guthabens dienen und bis 11 Uhr vormittags in Karlsruhe zur Ablieferung gelangen, noch am selben Tag gedruckt.

* **Markennot.** Die neuen hochwertigen Ueberdruckmarken dürfen die Postanstalten erst am letzten Freitag ausgeben, was einen Sturm auf die Schalter hervorrief. Aufgedruckt sind schon die Zahl 8 Tausend auf Marken zu 30 und 40 Pfennig der Zifferausgabe und zu 8, 8 und 10 Mark der Ausgabe mit dem Posthorn. 20 Tausend wird ergänzt auf den Sonderbelegmarken zu 12, 25 und 40 Mark sowie den Riffermarken der gewöhnlichen Größe zu 200, 300 und 500 Mark. An den einzelnen Käufen werden nur geringe Mengen abgegeben. Markennoten über mehr als 1000 Mark gibt es erst in 2 bis 3 Wochen. Zur Erparnis von Marken müssen jetzt auch Banknoten freigegeben werden, auch von den Selbstbeherrern. Die Äulien werden aber erst gar nicht mehr in die Bücher eingetragen.

la mode-Studien holen läßt. Er wird nach Luzifers Polst gezeichnet, dort für seine portbildlichen Neuerungen, denen die Hölle manchen Opfer bezahlt, belohnt, dann aber in laulend Schicksal verfallen. Auf den Strohen trieben sich die jungen Leute hin und her, während manches Mädchen erlöst zum Kerker der Wölflin, die folgenden Sagen den Namen „Gassenhauer“ geben.

Am Jahre 1916 erschien der erste Trinitatstext, dem sich alle Studenten angeschlossen, er nennt Trinken einen erhabenen, mit Begehr und ähnlichen Gerichten auszufodernem Streit, dessen felerliche Rückände das Red- und Saufrecht enthält. Den Studenten des 18. Jahrhunderts stellen wir uns entweder als Stutzer oder als besten Gegenstück, den Kennzeichen, vor. „In Sena und Halle“, erzählt Goethe, war die Rohheit aus höchste Selbsteile war dort an der Tagesordnung. Doanen konnte in Leipzig ein Student kaum anders als gelang sein.“ Die Universitäten individualisieren sich und in einigen enthalten literarisch-patriotische Vereine, wie der Göttinger Verein, aus deren literarischen Anhängen die frühesten vaterländische Bewegung um die Jahrhundertwende ihren Anfang nahen. Das war von Dichtern getragen und in den Dichtern ruhte ihre Größe. Sie mögen die jungen Akademiker von heute nicht veräulen, wenn sie sich ihrer Aufgabe voll bewußt sind, die deutsche Kultur zu retten und zu erhalten. Nur wer Geist, Körper und Seele pflegt, entwidelt sich zur Persönlichkeit, wie es dem deutschen Studenten seit den Universitäten der Scholarenzeit als Ziel vor Augen stand.

Theater und Musik

Die Hölische Opernbühne Kaiserlautern. Das Stadttheater Kaiserlautern ist mit Beginn der neuen Spielzeit am 1. August vollständig in Hölische Verwaltung übergegangen. Künstlerisch wird das Theater nach wie vor durch den Intendanten Kammerfänger Keller geleitet. Die musikalische Leitung der Oper und des Singspiels wird wiederum vom hiesigen Kapellmeister Dr. Berend übernommen. Als Solopertitor und zweiter Kapellmeister wurde Rudolf Wollast, bisher Korrektor am Stadttheater München verpflichtet. Das Orchester wurde um vier weitere Mitglieder verstärkt und hat nun einen Normalstand von 35 Musikern. Der Chor wurde auf 23 Mitglieder vergrößert. Als Balletmeisterin wurde Frä. Müller, bisher Balletmeisterin Karlsruhe, verpflichtet. Für die Entlohnung der Opern in der kommenden Spielzeit ist der Oberspielleiter und Dramaturg Paul Koch vom Singspiels- und Schauspielhaus Hannover gewonnen worden.

Steuererleichterungen für den Tabakhandel. Durch eine Verordnung des Reichsministeriums der Finanzen vom 24. August wird als Notmaßnahme zugestanden, daß Tabakwarenhändler aus Billigkeitgründen Befreiung von der Verpflichtung zur Zulassungserteuerung genießen wird, die an sich im Falle Lieferens nach gefehlter Vorfrist einzutreten hätte. Voraussetzungen der Steuererleichterung ist jedoch, daß der höhere Verkaufspreis durch die Entwertung des Geldes bedingt wird.

Zwei Millionen Reichsrentner. Die Zahl der Reichsrentner beträgt nach der letzten amtlichen Aufstellung vom Anfang dieses Jahres 2 045 983. Dazu kommen noch 159 268 Rentner, die bei den 9 Sonderrentkassen liegen. Bei den 29 Versicherungsanstalten liegen im einzelnen 69 560 Invalidenrenten, 55 339 Krankenrenten, 255 610 Altersrenten, 100 343 Witwen- und Waisenrenten, 4148 Witwenrenten, 457 616 Rentenrenten und 114 Invalidenrenten. Im Laufe des Jahres 1922 hat sich die Gesamtzahl um 42 877 vermehrt. Bei den Sonderrentkassen liegen 6931 Invalidenrenten, 1994 Krankenrenten, 13 779 Altersrenten, 15 045 Witwenrenten, 310 Waisenrenten, 60 302 Rentenrenten. Da nicht alle Todesfälle bekannt sind, so sind etwa zwei Prozent abzugehen.

An der Handelshochschule Mannheim beginnt das Wintersemester am 2. November. Das Vorlesungs-Verzeichnis ist erschienen. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen, daneben sind wieder Spezialkurse für Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch vorzulesen.

Hagelschlag. Gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr ging über Stadt und Gemarkung Mannheim ein kurzer aber heftiger Hagel mit starkem Windregen nieder. Soweit wir erschaffen konnten, hat der Hagel, der anfangs nur stellenweise niederregnete, sich schließlich in einen heftigen Hagel verwandelt, der die Gegend überdeckte. Die Hagelkörner waren größtenteils kugelförmig, die meisten hatten einen Durchmesser von 2 bis 3 mm. Die Hagelkörner waren sehr hart und schlugen mit großer Wucht auf die Dächer und Gegenstände. Die Hagelkörner waren sehr hart und schlugen mit großer Wucht auf die Dächer und Gegenstände. Die Hagelkörner waren sehr hart und schlugen mit großer Wucht auf die Dächer und Gegenstände.

Veranstaltungen

Deutsche liberale Volkspartei. Am morgigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Kasinoaal Hauptgeschäftsführer Kurt Pflüger über die letzte Kabinettkrisis und die politische Lage. Der Redner war während der Krisis in Berlin zugegen und ist heute bei dem Besprechungsbeim Reichstages ebenfalls wieder dort, jedoch er eine Fülle interessanter und authentischer Materialien bringen wird.

Bei den Russen. Das großrussische Bolalaja-Orchester, das durch seine früheren Leistungen als eines der besten in der Welt bekannt ist, wird im nächsten Herbst nach Mannheim kommen. Es besteht aus 100 Mitgliedern und ist unter der Leitung des Komponisten und Dirigenten M. I. Glinka. Das Orchester wird im nächsten Herbst nach Mannheim kommen. Es besteht aus 100 Mitgliedern und ist unter der Leitung des Komponisten und Dirigenten M. I. Glinka. Das Orchester wird im nächsten Herbst nach Mannheim kommen. Es besteht aus 100 Mitgliedern und ist unter der Leitung des Komponisten und Dirigenten M. I. Glinka.

Im Circus Dusch findet heute Mittwoch, nachmittags 3.30 Uhr die letzte Familien- und Kinder-Vorstellung statt, zu der die Direktion in entgegenkommender Weise obermels einen Kinder freien Zutritt gestattet, wenn sich dieselbe im Gefolge Erwachsener befindet. Näheres siehe Anzeiger.

Wallpflanz-Bellachini Jr. Wie aus dem Anzeigerentwurf vorliegenden Ausgabe zu ersehen ist, wird das Wallpflanz-Bellachini Jr. am zwei Tage, Mittwoch und Donnerstag, verlagert.

Tagungen

Landesversammlung badischer Zigarrenhändler. In Pforzheim, 28. Aug. Die hier abgehaltene Landesversammlung der badischen Zigarrenhändler war aus allen größeren Städten Baden besetzt. Nach den üblichen Begrüßungen legte der Syndikus der Zigarrenhändler Pforzheim das badische Einzelhandels-, Rechtsanwalts- und Zigarren-, die Lage im Zigarrenhandel und die Schwierigkeiten des Zigarren- und Tabakwarenhändlers gegen die von ihnen als ungerecht und schwer schädigend empfandene Art der Auslieferung der Zigarren dar. Dieser Kampf habe infolgedessen zu einem kleinen Erfolg geführt, als die Vorschriften über die Zulassung von Zigarren aufgehoben worden sind. Der Referent erklärte, es sei nötig, bei der Fortsetzung der Zigarrenhändler an Abänderung des Bundesgesetzes Geltung zu verschaffen, da die Einführung einer Zigarrensteuer auf Goldmark auf dem bisherigen Zustand nichts ändere. Nach einer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die das Einziehen der Steuer auf dem Umweg über ein irgend welchem Kreisverordnungsverfahren beschleunigen soll. Die Bundesversammlung wird in Zukunft nichts weiter durchführen als ein Kontrollgremium für die bei den Herstellern der Zigarrenhändler durch den Hersteller bezug Großhandelswarenrechnung durch die für den betreffenden Händler zuständige Zollamt festzusetzen. Als Einziehungssatz seien für Verbrauchssteuer aus Zigarren mindestens 6, für solche aus anderen Tabakwaren mindestens 3 Monate erforderlich. Die Umwandlung und Festhaltung der Steuersumme in Goldmark bis zur Ablieferung schließe die Schädigung des Staates durch weiteren Marktwertverlust aus.

Aus dem Lande

Heidelberg, 28. Aug. Die Ausperrung im Zementwerk Zeimen ist aufgehoben und die Arbeit gestern wieder aufgenommen worden. Der Schlichtungsausschuss hat die Ausperrung als zu unecht erkannt, weil es sich angeblich um einen politischen und nicht wirtschaftlichen Kampf handelte.

Karlsruhe, 28. Aug. Die Gemeinde Gausbach hat sich nun entschlossen, das schon lange projektierte Gausbachwerk zur Ausführung zu bringen. Das Werk wird eine Wasserkraftleistung von 500 PS bei einem ausgenutzten Gefälle von 200 Meter aufweisen. Die gesamte Stromabnahme ist durch langjährige Verträge zu günstigen Preisen gesichert. Die Gemeinde Gausbach baut die ganze Anlage aus dem Erlös eines außerordentlichen Holzabtriebes. Dies umfängliche Vorhaben der Gemeinde verdient alle Anerkennung. Es ist sehr zu begrüßen, wenn heute in Zeiten größerer Kohlenknappheit solche Wasserkraftwerke ausgebaut werden.

Aus der Pfalz

Wörth a. Rh., 28. August. Auf den tollühnen Gedanken, das 25-30 Meter hohe Kam in der seit Jahren still liegenden früheren Gebr. Hooftmanns Ziegelei von innen zu rekonstruieren, kamen einige in dem Gelände der Ziegelei sich tummelnden Schuljungen. Dem 11-jährigen Jungen des Arbeiters Eugen Schöler gelang es, die Spitze des Kamins zu erreichen. Auf der Spitze wurde er anscheinend von einem Stein getroffen und stürzte rückwärts herab. Mit zerbrochenen Rippen und Schädeldach blieb er tot auf dem Platze.

Hambach, 27. August. Auf trauensvolle Art und Weise Selbstmord verübte bei ein 19-jähriger Burche aus Waishammer, der sich am Bahnübergang nach Raaden demart auf die Schienen legte, doch ihm von einem französischen Rus der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde.

Wetzheim, 27. August. Die Ruhrvidemie, die in Arabien ausgedehnt ist, nimmt einen immer ernsteren Charakter an und hat in der letzten Woche vier Opfer gefordert. Von den Betroffenen sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden; trotzdem breitet die Krankheit immer mehr um sich.

Kaltensulzen, 28. Aug. Stell wird die Rottlage der protestantischen Geistlichen der Pfl. in dadurch beunruhigt, daß zurzeit die Wochenunterstützung eines Erwerbslosen bedeutend höher ist als das gesamte Monatslohn eines protestantischen Pfarrers, der 40 Jahre im Amte ist. Da die knapp zugemessenen Monatsgehälter von der Landeskirchenkasse auch nur ratenweise zur Ausschüttung gelangen und jedes Verfaulen von lebenswichtigen Dingen unmöglich ist, haben die Geistlichen der Landeskirchenkasse billiges gegenüber. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn laut „Pfl. Anz.“ in einem in Kaltensulzen gefassten Beschluß der Kirchenbehörde gegenüber ein früher nicht gehörter Ton angeschlagen wurde, der aber als Rottschrei der um das Brot für ihre Familien kämpfenden Familienmitglieder verständlich ist. Da nun um die Ausschüttung der kirchlichen Zuschüsse durch die Finanzämter erfolgt, hofft man nun wenigstens auf eine raschere Ausschüttung der zehrenden Summen.

Odenkoben, 28. Aug. Vor einigen Tagen mochten sich vier junge Burchen auf den Weg, um sich nächstlicher Weise in Odenkoben in den Besitz von Obst zu bringen. Durch irgend einen Zufall wurde der Besitzer auf die Fremden aufmerksam gemacht. Mit einem Stock und einem guten Holzhund wartete er ruhig ab, bis sich die vier auf einen Baum geschwungen hatten. Dann eilte er schnell herbei und besaß und Hand über am Lateri Zutritt in einen Weide, die sichtlich bessere Wirkung haben wird, als ein Brotstoll.

Pfaffenbach, 28. August. Auf dem Nachbarnen wurde von drei anscheinend angetrunkenen Personen ein hiesiger Brotstoll überfallen und schwer verübt. Ein der Tat verdächtiger 22 Jahre alter Burche wurde in Gewahrsam genommen.

Sportliche Rundschau

Stall Weidenberg gewinnt das Zukunftsrennen

Die große Rennwoche nahm gestern ihren Hergang. O. Schmidt, der Weidenberger Stalljockey konnte wie am Eröffnungs- und 4. Siege erringen u. a. auch den großen Preis des Zukunftsrennens. Die einzelnen Ergebnisse sind:

Altenheim-Rennen. 10 000 M. 1200 Mtr. 1. H. u. G. v. Weidenberg (O. Schmidt); 2. Antio II.; 3. Mobil. 13:10, 2. 4, 2.

Sachsen-Weimar-Rennen. 14 000 M. 2000 Mtr. 1. H. u. G. v. Weidenberg (O. Schmidt); 2. Rainberg; 3. Gierlöcher. 12:10; 11, 11:10. Ferner: Achill, 2 1/2, 2, 2.

Fremersberg-Rennen. 10 000 M. 2400 Mtr. 1. Stall Reo-Cassiopeja (O. Schmidt); 2. Vericus; 3. Kofario. 13:10; 11, 12:10. Ferner: Wankus, Mamico, Gebelnd, Rischoch, Wartgraf. 5, 2, 2.

Zukunft-Rennen. 30 000 M. 1200 Mtr. 1. H. u. G. v. Weidenberg (O. Schmidt); 2. Capriol; 3. Lebris. 15:10; 11, 11, 12:10. Ferner: Perlenfischer, Hamlet, Sapienza, Hermer, Trojan. 4, 2, 2.

Wetzheim-Herdenrennen. 7000 M. 2800 Mtr. 1. Arnies (O. Schmidt); 2. Donnerwetter; 3. Trapper. 20:10; 12, 12:10. Ferner: Kofel (ausgebr.), 1, 2, 6.

Herden-Clubs-Jagdrennen. 10 000 M. 3600 Mtr. 1. Stall Salmas Elmado (Bar); 2. Blücher; 3. Götter. 37:10; 12, 11:10. Ferner: Conful (ausgebr.). 3, 2, 10.

Wassersport

Zwei Jachboote geriet. Am Sonntag landeten zwei junge Mannheimer, Albrecht Weich und Adolf Bost mit ihren Jachbooten an der Friedrichsbrücke. Sie hatten den Rain von Würzburg an und den Radar von Eberbach ab befahren. Es ist sehr erfreulich, daß die Jugend jetzt auch diesem Sport huldigt. Die beiden jungen Sportleute haben ihre Boote selbst gebaut.

Radsport

Wilder Unfall eines Radsporters. Bei der Radsport-Rund um Berlin war, wie schon gemeldet, in der Nähe von Oranienburg Adolf Huchte, einer der ausführendsten Teilnehmer, schwer gefällig. Sehr ist, wie aus Berlin gemeldet wird, der Verunglückte seinen Verletzungen erliegen. Adolf Huchte ähnelte wie sein Bruder Richard Huchte zu unseren erfolgreichsten Straßenrennfahrern. Sie waren früher Amateur; vor einigen Jahren traten sie zu den Berufsfahrern über.

Weltmeister im Straßenfahren. Als mehreres Ereignis im Programm der Züricher Radweltmeisterschaften wurde am Sonntag auf der Straße Zürich-Bohl-Rind über 160 Kilometer die Straßenweltmeisterschaft für Amateure entschieden. Insgesamt 41 Fahrer aus Deutschland, Dänemark, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Ungarn, Holland, England, Schweden, Österreich und Italien nahmen den Kampf auf der schwierigen Bergigen Strecke auf. Die beteiligten deutschen Fahrer Rohl-Berlin, Kroll-Berlin, Stassenwert-Köthen und Schmeinhart-Schwelmuth, kämpften höchst ehrenvoll gegen die stark internationalen Konkurrenz und konnten im Weltmeisterschaftswettbewerb hinter Italien und der Schweiz den 3. Platz belegen. Im Einzelfahren überlegte sich der Italiener Ferrario den Titel in der ausgezeichneten Zeit von 5:23:00 vor D. Gadenberger-Schweiz und G. Antenen-Schweiz. Von den deutschen Teilnehmern belegte Schneidmünd den 14. Platz den 20. Stellenwert den 23. Platz den 24. Platz. Das genaue Ergebnis: Einzelfahren: 1. Ferrario-Italien 5:23:00; 2. D. Gadenberger-Schweiz; 3. G. Antenen-Schweiz; 4. R. Cognati-Italien. — Mannschaftsstampf: 1. Italien 10 P.; 2. Schweiz 15 P.; 3. Deutschland 28 Punkte.

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Nach dem neuen Frankfurter Straßenbahnstarif beträgt der Preis für Fahrten bis zu 2 Kilometer 100 000 M., bis 5 Kilometer 150 000 M., über 5 Kilometer 200 000 M. Die Preisätze für elektrische Energie aus den städtischen Elektrizitätswerken wurden für den Monat endgültig auf 426 000 M. je Kilometerstunde für Beleuchtungszwecke und 255 000 M. für Heiz- und Kraftzwecke festgesetzt. Bei der Berechnung der Preise werden auf Beschuld des Registreis die sich ergebenden Beträge auf volle 1000 M. nach oben abgerundet. Der Kubikmeter Gas kostet 280 000 M.

In Stuttgart hat sich die Straßenbahndirektion ebenfalls zu einer sofortigen Erhöhung ihrer Tarife entschließen müssen. Seit Sonntag sollen Fahrpreise bis zu zwei Teilstrecken 100 000 M., bis zu vier Teilstrecken 150 000 M., bis zu sechs Teilstrecken 200 000 M., bis zu acht Teilstrecken 250 000 M., bis zu zehn Teilstrecken 300 000 M., bis zu zwölf Teilstrecken 350 000 M., bis zu vierzehn Teilstrecken 400 000 M., bis zu sechzehn Teilstrecken 450 000 M., bis zu achtzehn Teilstrecken 500 000 M., bis zu zwanzig Teilstrecken 550 000 M., bis zu einundzwanzig Teilstrecken 600 000 M., bis zu dreißig Teilstrecken 650 000 M., bis zu vierzig Teilstrecken 700 000 M., bis zu fünfzig Teilstrecken 750 000 M., bis zu sechzig Teilstrecken 800 000 M., bis zu siebenzig Teilstrecken 850 000 M., bis zu achtzig Teilstrecken 900 000 M., bis zu neunzig Teilstrecken 950 000 M., bis zu hundert Teilstrecken 1 000 000 M.

In München kostet nunmehr am Wertigen eine Teilstrecke auf der Straßenbahn 60 000 M. Für zwei Teilstrecken werden 100 000 M. für mehr als zwei Teilstrecken 150 000 M. erhoben. Im Sommer und gelegentlichen Feiertagen sind zu zahlen: für eine Teilstrecke 60 000 M., für mehr als eine Teilstrecke 100 000 M., Fahrten während des Hochsommers (12 1/2 Uhr nachts bis 3 Uhr morgens) kosten 200 000 M., während des Frühjahrs- und Herbstes 100 000 M., September 60 000 M.

Die Fahrpreise auf den Röhner Straßenbahnen sind um 33 Proz. auf 200 000 M. für die einfache Fahrt erhöht worden. In Hamburg wurde von der hiesigen Deputation für das Beleuchtungswesen beschlossen, den Preis für ein Kubikmeter Gas vom 25. August ab auf 150 000 M., den Lichtstrompreis auf 30 000 M. und den Kraftstrompreis auf 150 000 M. für die Kilowattstunde festzusetzen.

Neues aus aller Welt

Die Bluttat auf dem Römerhof bei Frankfurt, der der anhängende der Frankfurter Kreisbauernschaft Carl von Golen zum Opfer fiel, hat rasche Aufklärung gefunden. Die Spuren der Täter führen von vornherein nach Griesheim a. M. Den auf dem Römerhof überfallenen Gutsbesitzer waren einige Mitglieder der Bande dem Aussehen nach bekannt. In der Hand dieser Bestäubung war es der Griesheimer Polizei möglich, die Verhaftung der Täter in kurzer Zeit festzustellen. Gemeinsam mit der Griesheimer Polizei wurden von der Frankfurter Kriminalpolizei auf einer Baustelle in der Nähe des Rieder Waldes sieben Bauarbeiter festgenommen und nach Frankfurt verbracht. Die sofortige eingehende Vernehmung dieser Leute führte zur Feststellung der Namen von fünf weiteren Personen, die noch im Laufe des Sommers nachmittags mit der Griesheimer Polizei in ihren Wohnungen verhaftet und an der Grenze des bestellten Gebietes gebracht wurden, wo sie von Frankfurter Polizei in Empfang genommen wurden. Es handelt sich bei diesen vierzehn Personen um 25- bis 40-jährige Griesheimer Bauarbeiter, die zum meiste Teil sohnenden Verhältnissen auf Karlsrufer Gütern als Leinewege angezogen waren. Die Mehrzahl dieser Personen ist verheiratet. Die Haupttäter im Verstand unumwunden den Überfall auf den Gutsbesitzer und den Gutsbesitzer ein und bequemten sich auf schließliche Einzelheiten über die Bluttat an Herrn von Golen zu geben. So konnte die Person festgestellt werden, die Herrn von Golen das Gewehr entzogen und auf ihn schoss. Die Waffe hat der Täter mitgenommen und unterwegs weggeworfen. Auch die Hand, mit der der eine Täter den niedergeschlagenen wurde, konnte in der Wohnung des einen Verhafteten ermittelt werden. Die Täter wurden Samstag des richterlichen Zustandes zugewiesen. Am Sonntag wurden in Griesheim zwei weitere an der Ermordung des Herrn v. Golen beteiligte gewalttätige Personen verhaftet und nach Frankfurt verbracht.

Verlobung im hause Württemberg. Der älteste Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, Herzog Philipp Albrecht, hat sich mit der Gräfin Helene von Oettingen, Tochter des Herzogs Peter Ferdinand und dessen Gemahlin, einer geborenen Prinzessin von Bourbon-Guilen, verlobt.

Der falsche Kriminalbeamte. In München erschien in der Wohnung eines Postbeamten ein Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgab, eine Hausdurchsuchung vornahm und außer 2 Millionen Mark Bargeld Gegenstände im Werte von einer halben Million Mark beschlagnahmte. Später erwie es sich, daß es sich um einen Betrüger handelte.

Ein Wagon Kupfer verschoben. Auf dem Güterbahnhof Traicho bei Halle wurde ein Wagon Kupfer beschlagnahmt. Der als Baumaterial deklarierter war. Zwei Beamte, der Kupferhändler aus Müllberg, der Hilfsplombier Michaelis und der Bauarbeiter Böttcher aus Halle, die auf dem Heizer der Wessingwerk einen Wagon ausführen, hatten die Kupferlieferung im Werte von 100 000 Millionen Mark ausgeführt. Die Betreffenden und die Wessinghändler Domb und Rönig in Halle wurden in Haft genommen.

Wegen einer neuen Art von Falschmünzerei wurde ein Ingenieur namens Heit in Berlin verhaftet. Die Stadt Berlin ist seit altem Renne von neuem aus. Die alten Scheine sind durch Scheine im Werte von 100 Millionen Mark ersetzt. Heit hat sich in der Verfertigung von Falschmünzen am Rufführenden, mo er große Reichen machte. Heit hat sich in der Verfertigung von Falschmünzen am Rufführenden, mo er große Reichen machte. Heit hat sich in der Verfertigung von Falschmünzen am Rufführenden, mo er große Reichen machte.

50 Millionen-Diebstahl. Bei dem Bankier Krosow in der Stillerstraße in Berlin (Mergelviertel) ist ein Einbruch verübt worden, wobei dem Dieb eine Summe von mehr als 50 Millionen Mark in die Hände gefallen ist. Seit einigen Monaten schon wird die Gegend um den Tiergarten von einem Verbrecher heimgesucht. Alle Diebstähle sind am vormittag oder in den Mittagsstunden verübt worden, immer ist der Täter durch gestrichelte Fenster eingedrungen.

Ein furchtbarer Schreck spielte sich in Reußland ab. Der 50 Jahre alte Vater Julius Heller durchschritt seinen heftigen Sohn Heinz die Reibe und ließ die Pulverbarren der linken Hand. Als die durch die Ehefrau benachrichtigten Polizeibeamten eintrafen, war das Kind bereits tot, und Heller war noch schwache Lebenszeichen von sich. Er wurde als Polizeigewalttäter nach dem Krankenhaus Budau geschafft. Grund: Scherwärmnis.

Die Polizei der Gegend hat nunmehr das neueste Todesopfer gefordert. In der Stadt Feine liegen noch 14 Personen frant darnieder. Von dem Personal des verstorbenen Gutsbesitzers wurde eine Frau von zwei Dienstmädchen, eine Köchin und die Schwägerin von Schulze erkrankt. Der Zustand der Braunschweig lebenden drei Personen, die ebenfalls an dem Fieber erkrankt haben, soll auch sehr bedenklich sein.

Millionen-Diebstahl in einem Bauernhof. Nach unermittelten Diebe drangen in Reuried bei Großhadern in das Anwesen eines Bauern ein und stahlen außer Weizen, Weizen und Schmalz eine Kasse mit dem Gewicht von 1 Zentner. Die Kasse enthielt außer 18 Millionen M. Bargeld für 12 Millionen M. Scheine verschleudert Kasse, 4 Scheine zu je 1 Million M., ausgelegt von dem Baugesellschaft Ruch in München, eine Berliner Cassette mit 10 000 M., Goldbarren mit 14 Zehnmargenstücken und 34 Silbermünzen und eine goldene Damenarmreife mit Rette, alles im Gesamtwert von 205 Millionen M.

Was Freude über die zugewiesene Wohnung. In München herrscht die gleiche Wohnungsnot wie bei uns. Selbstverständlich gibt dort das gleiche Heer wartender Anwärter auf die einzelnen, gelegentlich freierwerdenden Wohnungen. Ein Ingenieur und Oberbauarbeiter der Wiener Südbahn, der drei Jahre lang vergeblich auf die Zurechtweisung eines eigenen Heims geschickt hatte, bekam jetzt bei der Nachricht, daß ihm doch noch eine eigene Wohnung zugewiesen worden ist, vor Freude einen Schlaganfall. Er ist gleich darauf gestorben.

Ein jehohacher Schindler. In Kaufbeuren wurde, wie der „Berl. Bot.-Anz.“ mitteilt, der Eisenbahninspektor Joseph Schindler wegen ungeheurer Veruntreuungen verhaftet. Schindler, der Unterleutnant stellte sich heraus, daß nach zehn an seinen Veruntreuungen beteiligte Mitglieder, darunter seinen eigenen Bruder, durch Schindler aus der Welt geschafft hat.

Neue Erdöl in Mexiko. Dieser Tage verließen drei neue Erdölbohrer die Bevölkerung von Mexiko in positiven Schritten. Man befürchtet einen erneuten Ausbruch des Vekna.

Weniger bei den französischen Waldbränden. Nach einer Hausrechnung haben bei den Waldbränden am Mittelrhein über Meer acht Menschen ihr Leben eingebüßt.

Nur einmal

zeigt der Briefträger die Postbezugsquittung für den Monat September bei Ihnen vor. Waren Sie aber nicht zu Hause, dann müssen Sie sich selbst zum Postamt bemühen und die Weiterleitung beantragen. Um Sie dies möglich umgehen, denn am Monatsende blauen Sie bei den Postämtern die Arbeiten und es kann für eine regelmäßige Lieferung der benötigten Zulage Ihre Bestellung keine Gewähr übernommen werden.

Mannheimer General-Anzeiger.

